

Sotschi und die „tscherkessische Frage“

Dort, wo während der Olympischen Spiele die Skiwettbewerbe ausgetragen werden, hat die Armee des Zaren 150 Jahre zuvor die Siegesparade nach einem Krieg gehalten, der mit der Vertreibung der einheimischen Bevölkerung endete. Die Tscherkessen fordern, daran zu erinnern – Moskau will verhindern, dass das geschieht.

Von Dr. Uwe Halbach

Vor den Olympischen Winterspielen im kanadischen Vancouver gab es lange, teilweise erbittert geführte Diskussionen darüber, in welcher Form die indianischen Ureinwohner der Region an den Spielen des Jahres 2010 beteiligt werden sollten. Zur Debatte stand freilich nur das Wie, nicht das Ob: Die Einbeziehung der Indianer war schon in der Olympiabewerbung Vancouvers vorgesehen – ein Aspekt, der vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) damals ausdrücklich gelobt wurde.

In der Region um Sotschi am Schwarzen Meer, wo im Februar Winterspiele ausgetragen werden, gibt es ebenfalls ein Volk, das dort einst die Mehrheit stellte: die Tscherkessen. Dessen Angehörige wurden im 19. Jahrhundert in einem blutigen Eroberungskrieg von der russischen Armee getötet oder vertrieben. Die Weltöffentlichkeit weiß über die Geschichte der Tscherkessen weniger als über die der nordamerikanischen Indianer, und wenn es nach der russischen Führung ginge, sollte das auch so bleiben. Im Programm der Olympischen Spiele in Sotschi fand sich für die Tscherkessen kein Platz. Die in alle Welt zerstreute tscherkessische Diaspora, aber auch Organisationen der kleinen tscherkessischen Bevölkerungsgruppen, die heute noch in Russland leben, wurden durch die Vergabe der Spiele an Sotschi mobilisiert.

Die Geschichte des Nordkavkasus ist seit der Eroberung durch das zaristische Russland eine Geschichte der Gewalt. Sie hält bis heute an – und betrifft auch die Spiele in Sotschi, für deren Sicherheit die russische Regierung einen gigantischen Aufwand betreibt. In unmittelbarer Nachbarschaft des Austragungsorts liegen im zu Russland gehörenden Nordkavkasus Gebiete, die in russischen und internationalen Sicherheitsanalysen als Brennpunkte der Gewalt beschrieben werden.

Die Wahrnehmung des Nordkavkasus war lange Zeit auf Tschetschenien beschränkt, wo nach dem Ende der Sowjetunion zwei Kriege mit mehreren zehntausend Toten ausgetragen wurden. Seit dem Ende des zweiten Tschetschenien-Kriegs ist die Region aus dem Blickfeld der internationalen

Öffentlichkeit geraten, doch in diesem Jahr machte sie wieder Schlagzeilen: Dafür sorgte zum einen der Terroranschlag auf den Marathonlauf von Boston am 15. April, weil die Täter tschetschenischer Abstammung waren; zum anderen drohte der Führer des islamistischen Untergrunds im Nordkaukasus, der „Emir“ Doku Umarow, am 3. Juli in einem Video mit Anschlägen auf die Olympischen Spiele in Sotschi.

Die „tscherkessische Frage“ und die Terrordrohung des „Kaukasischen Emirats“ verweisen auf zwei Entwicklungen in der südlichen Peripherie Russlands im Kaukasus im zurückliegenden Vierteljahrhundert: zum einen eine ethnische, zum anderen eine islamistische Mobilisierung.

Der Nordkaukasus und die „Explosion des Ethnischen“

Seit Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren es vor allem Bewegungen von Volksgruppen und territoriale Konflikte, die den Nordkaukasus zu einem besonders komplizierten Gebiet im sowjetischen Vielvölkerreich und in der nachsowjetischen Russischen Föderation machten. Ein führender russischer Ethnologe beschrieb das Geschehen der Wendejahre als „Explosion des Ethnischen“. In das schillernde kaukasische Ethnogramm mit seiner Vielzahl an Volksgruppen und Sprachen kam heftige Bewegung. Eine „Volksfront“ nach der anderen trat mit Forderungen nach mehr Autonomie für die eigene Gruppe in Erscheinung. Auf dem Territorium der Teilrepublik Karatschajewo-Tscherkessien mit ihren damals gerade einmal 431 000 Einwohnern wurden im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion vier kurzlebige Mini-Republiken ausgerufen: eine der turkstämmigen Karatschaier, eine tscherkessische, eine Kosakenrepublik und eine Republik der abasinischen Minderheit.

Einige der Konflikte und Sezessionserscheinungen dieser Übergangszeit verschwanden rasch wieder von der Tagesordnung, andere prägen bis heute das Bild regionaler Unruhe. Von den 1991 identifizierten Nationalitäten- und Territorialkonflikten innerhalb der damals noch bestehenden Sowjetunion betraf mehr als ein Drittel den Kaukasus. Der Ursprung vieler Streitigkeiten im Nordkaukasus lag in den Deportationen ganzer Volksgruppen unter Stalin 1943/44 und ihrer Rückkehr in ihre in der Zwischenzeit neu besiedelten Heimatgebiete unter Chruschtschow. Zum schlimmsten gewaltsamen Konflikt der nachsowjetischen Geschichte wurde die Auseinandersetzung zwischen Tschetschenien und der russischen Zentralgewalt, die 1994 in einen offenen Krieg überging.

Nach diesem ersten Krieg begann im östlichen Teil des Nordkaukasus, in Tschetschenien und seiner unmittelbaren Nachbarschaft, ein Prozess der ideologischen Transformation. Die Kampfparolen des bewaffneten Untergrunds wandelten sich von nationaler Unabhängigkeit mehr und mehr zu einem

islamischen Widerstand, der als Dschihad präsentiert wurde. Die Protagonisten dieser „Dschihadisierung“, eines Aufstands, der sich nun über Tschetschenien hinaus erstreckte, lehnten Identifikationen auf ethnischer, tribaler oder lokaler Grundlage ab.

Besiegelt wurde dieser Prozess durch die Ausrufung eines „Kaukasischen Islamischen Emirats“ durch den letzten tschetschenischen Untergrundpräsidenten Doku Umarow im Oktober 2007. Diesem Emirat ordnen sich autonom agierende lokale Kampfverbände (Dshama'at) zu. Sie verübten Terroranschläge auch im Inneren Russlands – zuletzt Ende Oktober auf einen Linienbus in Wolgograd. Diese Entwicklung hatte Russland schon vor der Ausrufung des Emirats zu einem Hauptopfer eines zum Dschihad verkärten Terrorismus gemacht. In der Statistik des internationalen islamistischen Terrors liegt Russland mit der Zahl von Anschlägen und Opfern hinter einigen Staaten des Nahen Ostens und Afghanistan, aber mit weitem Abstand vor den Vereinigten Staaten und europäischen Staaten.

Vor diesem Hintergrund ist die Terrordrohung gegen die Winterspiele in Sotschi ernst zu nehmen. Am 3. Juli 2013 bezeichnete Doku Umarow in einer Videobotschaft es als religiöse Pflicht der Mudschahedin, die Olympischen Spiele „mit allen uns von Allah erlaubten Mitteln zu verhindern“. Die Olympischen Spiele seien „satanische Tänze auf den Gebeinen unserer Vorfahren, die gefallen sind und begraben wurden in unserem Land entlang der Küste des Schwarzen Meeres“. Damit spielte er auf die Vernichtung der Tscherkessen während und nach der Eroberung dieser Gebiete durch Russland an.

Die Forderung nach Anerkennung des Genozids

Die Bewegung der Tscherkessen hat mit dem islamistischen Terrorismus nichts zu tun. Schon im 19. Jahrhundert hatte sich der tscherkessische Widerstand im Westen des Nordkaukasus von dem straffer organisierten Aufstand im Ostteil der Region abgehoben, der sich unter der Flagge des Dschihad unter Führung religiöser Autoritäten wie Imam Schamil gegen die russische Kolonialmacht richtete. Mit der „tscherkessischen Frage“ vor den Spielen in Sotschi kehrt die Problematik unbewältigter Kolonialgeschichte in das Spektrum aktueller Entwicklungen zurück. Dasselbe gilt für ungelöste ethnisch-territoriale Fragen im Nordkaukasus, die von der „Dschihadisierung“ nicht völlig verdrängt wurden. Gegenwärtig zeigen sich solche Probleme etwa in Grenzkonflikten zwischen Tschetschenien unter Führung des selbstherrlichen Präsidenten Ramsan Kadyrow und den Nachbarrepubliken, in interethnischen Auseinandersetzungen um politische Machtressourcen in der Vielvölkerrepublik Dagestan sowie auf russischer Seite in nationalistischen Bewegungen, die im Vorfeld des Nordkaukasus eine „russische Republik“ als Gegengewicht zu den

überwiegend islamisch geprägten kaukasischen Teilrepubliken fordern und Kosaken aufmarschieren lassen.

Die weltweite tscherkessische Bewegung ist ein Beispiel für ein Phänomen, das in der Nationalitäten- und Identitätsforschung mit „long distance nationalism“ umschrieben wird. Sie wird zu einem großen Teil von einer in verschiedenen Teilen der Welt lebenden Diaspora getragen. In den ursprünglichen tscherkessischen Siedlungsgebieten leben nur noch wenige hunderttausend Angehörige dieser Volksgruppe; insgesamt sind es in Russland vielleicht 800 000 Menschen. Einige Millionen Nachkommen der vor 150 Jahren aus ihrer Heimat vertriebenen Tscherkessen leben seit Generationen in der Türkei, in Jordanien und anderen Staaten des Nahen Ostens, dazu auf dem Balkan, in Westeuropa (auch in Deutschland) und in den Vereinigten Staaten. Ihre Gesamtzahl wird in vagen Schätzungen zwischen sechs und zehn Millionen angegeben. Die heutige Generation in der Diaspora spricht überwiegend nicht mehr Tscherkessisch, sondern Türkisch, Arabisch oder Englisch. In den vergangenen Jahren kommunizierten Tscherkessen in aller Welt im Internet miteinander über ihren nationalen Zusammenhalt, der durch das Projekt Sotschi 2014 einen Impuls erlangte.

Im Nordkaukasus selbst betrifft die „tscherkessische Frage“ vor allem drei der insgesamt sieben kaukasischen Teilrepubliken der Russischen Föderation: die beiden binationalen „Bindestrich-Republiken“ Karatschajewo-Tscherkessien und Kabardino-Balkarien sowie die kleine Republik Adygeja. Sie stellen schillernde Produkte sowjetischer Nationalitäten- und Territorialpolitik dar. Eine Mehrheit stellen Tscherkessen nur noch in Kabardino-Balkarien. Was im 19. Jahrhundert noch mit dem Sammelbegriff Tscherkessen bezeichnet wurde, untergliederte die sowjetische Nationalitätenpolitik in diverse Ethnonyme – Kabarder, Adygejer, Abasinen, Schapsugen, Tscherkessen, Ubychen – und unterstellte die ursprünglichen tscherkessischen Siedlungsgebiete unterschiedlichen Verwaltungseinheiten.

Es sind vor allem drei Anliegen, die eine weltweite tscherkessische Bewegung umtreiben: die Anerkennung der an ihrer Volksgruppe verübten kolonialen Gewalt, die Wiederansiedlung in ihrer nordkaukasischen Heimat und die Zusammenfassung ihrer dortigen Siedlungsgebiete zu einer Verwaltungseinheit. Dabei unterscheiden sich die Zielvorstellungen und Methoden innerhalb der Bewegung. Sufian Zhemuchow von der George Washington University, selbst tscherkessischer Abstammung, unterscheidet zwischen Nationalisten, Souveränitätsanhängern (sovereignists), Advokaten tscherkessischer Kultur (culturalists) und Zentristen. Diese Gruppen nehmen bei Fragen wie dem Verhältnis zu den Winterspielen in Sotschi unterschiedliche Haltungen ein. Die einen wollen Olympia als internationale Bühne nutzen, um die tragische Geschichte ihres Volkes in Erinnerung zu rufen, andere fordern zum Boykott

dieser Großveranstaltung auf und sprechen von einem in ihrem regionalen Umfeld vor 150 Jahren begangenen „Genozid“.

Radikale Nationalisten fordern einen von Russland unabhängigen Staat, die Mehrheit in der Bewegung begnügt sich mit einem autonomen Status für eine wiederhergestellte tscherkessische Siedlungsgemeinschaft innerhalb der Russischen Föderation. Eine breite Rückkehrbewegung aus den Diasporagemeinden ist allerdings kaum zu erwarten. In einigen Ländern ist die tscherkessische Minderheit gut integriert. In Jordanien etwa gehören Tscherkessen zur wirtschaftlichen und politischen Oberschicht im Umfeld des Königshauses, in anderen Staaten des Nahen Ostens zur militärischen Elite, wie schon im Osmanischen Reich nach ihrer Vertreibung aus ihrer kaukasischen Heimat. Derzeit ist die tscherkessische Diaspora am stärksten in Syrien gefährdet. Verbände in der Diaspora und Organisationen in Russland verlangen die Aufnahme tscherkessischer Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland und die Ansiedlung in ihren historischen Siedlungsgebieten. Sie verweisen dabei auf die tscherkessische Bevölkerungsgruppe im Kosovo, aus der 1998/99 fünfzig Familien in Adygeja angesiedelt wurden. Nur sechs Familien kehrten später in das Kosovo zurück.

Aus der tscherkessischen Gemeinde in Syrien, deren Zahl auf mehr als 100 000 Menschen geschätzt wird, wurden bislang mehr als tausend Flüchtlinge in Russland aufgenommen und größtenteils in Kabardino-Balkarien und Adygeja angesiedelt. Insgesamt verhält sich die russische Regierung aber gegenüber der Forderung nach Wiederansiedlung von Tscherkessen im Nordkaukasus ablehnend. Sie ist nicht daran interessiert, die indigene kaukasische Bevölkerung in dieser Region, aus der Russen weitgehend ausgewandert sind, durch Einwanderung zu vermehren.

Ein Jahrhundert des heftigen Widerstands

Allen tscherkessischen Gruppen gemeinsam ist das Anliegen, den Widerstand ihrer Vorfahren gegen die russische Kolonialmacht und die gezielte Entvölkerung ihrer historischen Siedlungsgebiete in Erinnerung zu rufen. Ausgerechnet in Krasnaja Poljana, wo während der Winterspiele alle Skiwettbewerbe ausgetragen werden, endete 1864, genau 150 Jahre zuvor, ein jahrzehntelanger Widerstand mit der Unterwerfung, Vertreibung und Vernichtung der Tscherkessen. Am 21. Mai 1864 hielt die Armee des Zaren dort ihre Siegesparade ab. Damit wurde Russlands historischer Kaukasus-Krieg beendet. Nirgendwo sonst war das Zarenreich in seiner kolonialen Ausdehnung, die im 16. Jahrhundert begonnen hatte, auf so langen und massiven Widerstand gestoßen. Generationen russischer Soldaten waren durch die „kaukasische Gefechtsschule“ geschleust worden – eine Erfahrung, die in der russischen Literatur tiefe Spuren hinterließ. Die Geschichtsschreibung datiert die

langwierige Eroberung tscherkessischer Siedlungsgebiete in das Jahrhundert von 1763 bis 1864. Am 21. Mai entzündeten Tscherkessen daher in verschiedenen Teilen der Welt 101 Kerzen im Gedenken an diese 101 Jahre des Widerstands.

Sotschi war der Hafen, von dem aus die Besiegten in das Osmanische Reich deportiert wurden. Der Name der Stadt geht auf einen tscherkessischen Stamm zurück, der bis 1864 an diesem Abschnitt der Schwarzmeerküste gelebt hatte. In Darstellungen der Geschichte der tscherkessischen Tragödie, etwa dem im Jahr 2010 erschienenen Buch des britischen Journalisten Oliver Bullough „Let our fame be great“, wird ein russischer Historiker des 19. Jahrhunderts, Adolf Berge, zitiert: Seiner Schätzung nach wurden von einer Million Tscherkessen, die damals am Schwarzen Meer und im Nordkaukasus lebten, 400 000 im Widerstand gegen die Armee des Zaren getötet, 497 000 deportiert und 80 000 in ihrer Heimat belassen.

Im Juli 1763 drang eine russische Militäreinheit in das Fürstentum Kabardei ein, das damals größte Herrschaftsgebilde auf tscherkessischem Territorium. Von da an setzten die Tscherkessen dem russischen Vorstoß in den Nordkaukasus hundert Jahre Widerstand entgegen. Von Anapa nahe der heutigen Grenze zur Ukraine im Norden bis nach Abchasien im Süden errichtete die zarische Armee eine Kette von Festungen entlang der Küste des Schwarzen Meeres. Von dort unternahm sie Vorstöße in tscherkessische Siedlungsgebiete und wurde ihrerseits heftig attackiert. Nach dem Ende des Krimkriegs 1856 bot Russland mehr Truppen für die Eroberung des Kaukasus auf. Eine Armee von gut 200 000 Mann kämpfte fortan im Kaukasus.

Zunächst brach sie den erbitterten Widerstand im östlichen Teil des Nordkaukasus, den die Bergvölker Dagestans und Tschetscheniens unter Imam Schamil der russischen Kolonialmacht entgegengesetzt hatten. 1859 kapitulierte Schamil in dem Bergdorf Gunib in Dagestan. Nun waren es vor allem die Tscherkessen im westlichen Teil der Region, die noch Widerstand leisteten. Sie mussten sich einer Großoffensive des Gegners erwehren und hofften vergeblich auf Unterstützung durch auswärtige Mächte, etwa durch das Osmanische Reich und durch Großbritannien.

Die Flucht über das Schwarze Meer begann schon vor 1864. Laut Mitteilung des Herausgebers einer damaligen englischsprachigen Zeitschrift in Istanbul, des „Levant Herald“, gab es schon um 1860 etwa 20 000 tscherkessische Flüchtlinge in der Hauptstadt des Osmanischen Reichs und ihrer Umgebung. In Booten, die für bis zu sechzig Personen gedacht waren, machten sich jeweils bis zu 400 Flüchtlinge auf den Weg – die ersten „boat people“ der neueren Geschichte. Schätzungen über die Gesamtzahl der Flüchtlinge und Vertriebenen vor und nach 1864 gehen weit auseinander, ebenso die in jedem Fall aber hohe Zahl der auf der Flucht ums Leben gekommenen Tscherkessen.

Ihre Heimat an der kaukasischen Schwarzmeerküste wurde mit Russen, Ukrainern, Griechen, Armeniern und Angehörigen weiterer Volksgruppen besiedelt. Sotschi, das heute russische und ausländische Touristen anzieht und sich mit den Olympischen Spielen der Welt noch weiter öffnen will, stieg seit 1872, also wenige Jahre nach der Vertreibung der tscherkessischen Volksgruppe, zu einem Urlaubs- und Kurort auf. 1902 gab es dort bereits dreizehn Hotels und mehrere Sanatorien. In sowjetischer Zeit wurde die Stadt das größte Urlaubs- und Kurzentrum in der Region. In Krasnaja Poljana, in tscherkessischer Sprache Kbaada, lebten Ubychen, die heute als Volksgruppe nicht mehr existieren. Der letzte Sprecher des Ubychischen, einer Untergruppe des Tscherkessischen, starb im Oktober 1992. Eine Gruppe griechischer Händler gab dem Ort 1878 seinen heutigen Namen.

Die offizielle Verdrängung der Kolonialgeschichte

In Teilrepubliken mit tscherkessischer Restbevölkerung verabschiedeten die Parlamente während der Jelzin-Ära Resolutionen zum Gedenken an den „Genozid“. Aber vor Olympia 2014 wird die Erinnerung an die Vertreibung der Tscherkessen verdrängt. In den Tourismuszentren entlang der Küste des Schwarzen Meeres erinnert nichts mehr an die ursprüngliche Bevölkerung. Versuche, das Gedenken an die düsteren Episoden der russischen Kolonialgeschichte wachzurufen, werden von den Behörden unterdrückt. Bullough führt den Fall Murat Bersegows an. Der Leiter eines „Tscherkessischen Kongresses“ in Maikop, der Hauptstadt der Republik Adygeja, richtete eine Eingabe an die Staatsduma zwecks Anerkennung des „Genozids“ an seiner Volksgruppe, die abschlägig beschieden wurde. Danach appellierte er im Namen tscherkessischer Organisationen aus neun Ländern im Oktober 2006 an das Europäische Parlament. Die Folge war, dass seine Familie am Telefon bedroht wurde; plötzlich wurde ein Sanitär- und Feuerschutzkontrolleur nach dem anderen in seinem Lebensmittelladen vorstellig, den er bald darauf schließen musste. Das war kein Einzelfall. In den vergangenen Wochen wurden tscherkessische Aktivisten verhört und zeitweilig festgenommen. Derweil wurden ihre Häuser von den Sicherheitskräften durchsucht. Die Betroffenen sind sich sicher, dass sie damit vor den Spielen eingeschüchtert werden sollen.

Dabei haben im 19. Jahrhundert russische Historiker und Angehörige der Armee selbst über die Greuel im Kaukasuskrieg berichtet. Die Wende in der historiographischen Auseinandersetzung mit kolonialer Vergangenheit vollzog sich in der späten Stalin-Ära. Bis Ende der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts dominierte in der sowjetischen Historiographie ein Interpretationsmuster, das die Eroberung nichtrussischer Gebiete durch das Zarenreich als Kolonialismus definierte. 1937 gab Stalin die Formel vom „kleineren Übel“ vor, wonach der Anschluss an Russland im Vergleich zu anderen Möglichkeiten die bessere

Entwicklungsperspektive geboten habe, aber grundsätzlich konnte Kolonialgewalt weiter beim Namen genannt werden. Noch 1948 widmete der erste Band einer Geschichte der Sowjetunion einen längeren Abschnitt dem antikolonialen Widerstand nordkaukasischer Bergvölker. 1950 verkehrte sich diese Interpretation in ihr Gegenteil. Ein Widerstandskämpfer wie der dagestanische Imam Schamil, zuvor noch Vorbild eines nichtrussischen Nationalhelden, wurde nun zum Komplizen des türkischen und britischen Imperialismus und zum Protagonisten einer reaktionären Revolte. Das „geringere Übel“ des Anschlusses nichtrussischer Völker an das Zarenreich wurde zum „absolut Guten“.

Bis heute steht eine grundlegende Revision dieses Geschichtsbildes aus, obwohl sie auch von einigen russischen Historikern und politischen Denkern gefordert wird. Russland hätte die Winterolympiade in Sotschi dazu nutzen können, sich der „tscherkessischen Frage“ zu öffnen, so wie es Kanada bei den Olympischen Spielen in Vancouver mit der Geschichte der indianischen Bevölkerung an den Austragungsorten gemacht hat. In der Geschichte der von Präsident Wladimir Putin beschworenen „einzigartigen Vielvölkerzivilisation“ Russland hat die Geschichte der vernichtenden Kolonialgewalt aber kaum Platz. Die Abwehrhaltung gegenüber der „tscherkessischen Frage“ wuchs in Moskau noch dadurch, dass sich Georgien nach dem Krieg mit Russland im August 2008 dieses Themas annahm und mit dem amerikanischen Thinktank Jamestown Foundation Konferenzen zum „Genozid an den Tscherkessen“ organisierte. So wurde dieses Thema schon weit vor den Olympischen Winterspielen in Sotschi politisiert.



Der Autor ist Mitarbeiter der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.